

Europäische Identitäten?

*Claudia Ritter**

Checkel, Jeffrey T. / Katzenstein, Peter J., 2009 (Hg.):
European Identity, Cambridge

Literatur zur europäischen Identität hat seit drei Jahrzehnten gleichbleibende mittlere Konjunktur. Neben der Verunsicherung über den Gegenstand ist es die Anerkennung der Identitätstheoretischen Arbeiten von Habermas (vgl. 1982), die bereits eine sozialwissenschaftliche Auseinandersetzung mit europäischen Identitätsfragen zu legitimieren scheint. Kaum eine Arbeit zur europäischen Identität wird ohne eine mit unterschiedlichem Ehrgeiz betriebene Abarbeitung an Habermas' Argumenten zum Verfassungspatriotismus verfasst.

Empirische Studien zur europäischen Identität weisen seit gut einem Jahrzehnt eine Beständigkeit der Befunde auf: Lediglich europäische Eliten verstehen sich in erster Linie als EuropäerInnen. Von jenem ganz überwiegenden Teil der BürgerInnen in der EU, die ihrer nationalen Identität den Vorrang einräumen, lehnt 2004 knapp die Hälfte die EU aus nationalistischen Motiven ab, während die andere Hälfte eine Mitgliedschaft in der EU befürwortet und sich situativ europäisch fühlt (vgl. Eurobarometer EB 61 April 2004). Das umfangreiche empirische Datenmaterial zur europäischen Identität lässt nicht erkennen, dass sich diese Identitätskonstellation in greifbarer Zukunft ändern könnte.¹

Zugleich fördern die empirischen Daten eine soziale Spaltung der Bevölkerungen in der EU zutage, die Konfliktpotential birgt. Es sind die gut gebildeten EU-Eliten und die ökonomischen Gewinner der europäischen Integration aus der mittleren und oberen Mittelschicht, denen ihre europäische Identität wichtig ist. Die breite ‚Masse‘ der BürgerInnen in der EU bleibt national orientiert und steht der EU und Europa umso häufiger skeptisch und feindlich gegenüber, je weniger sie über Bildung und materiellen Wohlstand verfügt.

Mit dieser Spaltung verbunden existiert eine Persistenz des Nationalen, deren sozialwissenschaftliche Einschätzung Probleme bereitet, da sie sich nicht allein aus der Geschichte der Nationalstaaten plausibel erklären lässt. Die EU, die angesichts ihrer ökonomisch-bürokratischen Kälte, ihrer unklaren territorialen Grenzziehung und ihren in Verträgen versteckten abstrakten Werten als primäre Identifikationsfolie aus der Ferne für jene, die nicht in Brüssel ansässig sind, nicht recht taugt, ist ebenfalls eine wichtige, aber ebenso unzureichende Erklärung für die anhaltende Bedeutung des Nationalen.

* Dr. Claudia Ritter, Universität Kassel, Kontakt: claudia.ritter@uni-kassel.de

1 Nach wie vor stellen die quantitativen Erhebungen des Eurobarometers einen elementaren Teil der empirischen Forschung zur europäischen Identität dar.

Dieser Eigensinn europäischer Identitätsentwicklung wird zumeist in Sammelbänden präsentiert und dabei aus der Perspektive verschiedener Disziplinen reflektiert. Häufig unterstellen ihre empirischen Arbeiten, eine europäische Identität sei mit der Existenz eines europäischen Verfassungspatriotismus gleichzusetzen. Die meisten systematischen Ansätze versuchen jedoch zu zeigen, warum sie Habermas' Konzept für unzureichend halten.

In dieser Auseinandersetzung um einen angemessenen theoretischen Ansatz zu kollektiven Selbstverständigungsprozessen steht eine Annahme aus der Politischen Theorie im Zentrum der Argumentation: *Demos* und demokratisches Selbstverständnis gehören zusammen und können nicht ohne einander existieren. Auch Habermas legt diese Annahme zugrunde, interessieren ihn doch die Voraussetzungen einer demokratischen EU, die ohne ein auf demokratischen Grundprinzipien aufbauendes, gemeinsames Selbstverständnis ihrer BürgerInnen nicht auskommen könne. Worauf ein Verfassungspatriotismus dagegen verzichten könne, das sei die Identifikation mit konkreten staatlichen Institutionen (vgl. Habermas 2008).

Nun lassen sich grob drei Strategien der Abgrenzung von Habermas' Ansatz skizzieren, die in ihrer Argumentation diese theoretische Kernannahme zum Ausgangspunkt nehmen. Die erste, ursprünglich von Weiler (vgl. 2003) und Kielmansegg (vgl. 2003) vorgenommene Argumentation besagt, in einem Europa der Nationen könne und werde kein europäischer *Demos* entstehen und somit auch kein gemeinsames demokratisches Selbstverständnis der BürgerInnen der EU. Eine zweite Argumentation geht von der Dominanz der EU-Governance aus und verweist darauf, dass diese bisher auch ohne eine gemeinsame politische Identität erstaunlich reibungslos als ‚good governance‘ gedeihen konnte. Einen dritten Weg der Abgrenzung verfolgt die Dekonstruktion eines liberalen Europaverständnisses, um zu zeigen, wen und was es ausgrenzt. Die ersten beiden Argumentationen hinterfragen die Logik der *Demos*-Annahme nicht, sondern sagen lediglich, dass sie – und mit ihr die Logik des Verfassungspatriotismus – in der EU nicht auftrete. Die Dekonstruktion kann in ihrer Konzentration auf die Kritik liberaler Theoriebestände nicht dem Dilemma entkommen, auf diese Weise den Blick für neue Strategien der Identitätskonstruktion nicht schärfen zu können.

Diese theoretische Arbeit in der Literatur zur europäischen Identität, die sich zuweilen liest wie reine Abgrenzungsliteratur, gefangen in der Auseinandersetzung mit Habermas, produziert ihr eigenes Theoriedefizit, das darin besteht, europäisierungs- und globalisierungsbedingte Veränderungen in der Konstruktion von kollektiven politischen Selbstverständnissen weder erklären noch normativ reflektieren zu können.

Was kann und soll nun Politische Theorie von Veröffentlichungen zur europäischen Identität erwarten, die empirische Analyse und theoretische Reflexion aufeinander beziehen möchte? Zwei Fragen bieten sich zur Qualitätskontrolle an:

Erstens, können die Beiträge helfen, aktuelle Entwicklungen, zum Beispiel die ‚Solidarität‘ für Griechenland, besser zu verstehen?

Zweitens, werden in den Beiträgen theoretische Argumente entfaltet, die neue Identitätsformationen als Konstruktion kollektiver politischer Selbstverständnisse in Räumen jenseits des Nationalstaats reflektieren?

Die AutorInnen des jüngst von Jeffrey T. Checkel und Peter J. Katzenstein herausgegebenen Buches *European Identity* versuchen nicht gerade, den oben skizzierten Theorieritualen zu entkommen. Aber sie beanspruchen sehr wohl, neue Perspektiven auf europäische Identitätskonstruktionen zu eröffnen. Sie möchten den Blick vom Wertekonsens eines

Verfassungspatriotismus weg auf die Konflikte richten, die um den Aufbau der EU entstanden sind. Sie fragen, inwieweit die Osterweiterung der EU einer Vorstellung von Europa Auftrieb gegeben hat, die – anders als die offizielle verfassungspatriotisch orientierte Identität der EU und ihrer Eliten – nationale Authentizität und ein kulturell distinktes Europa betont, dessen Mehrheit weiß und christlich ist.

Die vermeintliche Annahme, eine europäische Identität sei grundsätzlich ein ziviles, weltaufgeschlossenes Selbstverständnis, reproduzieren Checkel und Katzenstein nicht. Im Gegenteil, sie zeigen auf innereuropäische Solidaritätsbekundungen für nationalistische Hassparolen und halten es für naiv zu glauben, die meisten BürgerInnen der EU schlossen sich langfristig der liberalen europäischen Identität aus dem Westen an (vgl. Checkel/Katzenstein 2009: 214). Dabei müssen die AutorInnen aufpassen, nicht selbst in eine westliche Stereotypisierung abzugleiten, die gerne von einem weniger zivilisierten Osten und einem zivilisierteren Westen spricht. Aber vor allem rücken sie einen Kernaspekt europäischer Identitätsentwicklung ins Zentrum ihrer Arbeiten, der in der Forschung bisher eher zu kurz kam. Ihrer Auffassung nach ist mit dem illiberalen Europaverständnis ein „fundamental change in the underlying dynamics of identity formation [...] underway“ (Holmes in Checkel/Katzenstein 2009: 52), den es aufzuzeigen und theoretisch zu reflektieren gilt.

Die Vorgehensweise der AutorInnen ist eher unspektakulär: Sammelband, weite Systematik, konventionelle Methoden und theoretische Perspektiven aus der Politischen Theorie, Soziologie, Anthropologie und Geschichtswissenschaft. Die analysierten empirischen Daten stammen aus den neunziger Jahren und decken gerade noch das Jahr 2004 ab. Da müssen sich die AutorInnen schon darauf konzentrieren, bekanntes Datenmaterial auf neue Weise zu interpretieren.

Dies gelingt ihnen insofern, als sie den Blick auf eine komplexe Konfliktformation in der EU richten. Im Laufe der Lektüre zeichnen sich in den Beiträgen vor allem vier Konflikte um ein angemessenes Verständnis von Europa ab. Zum einen stehen europäische Eliten den eher national orientierten breiten Bevölkerungen in der EU gegenüber. Ein zweiter Konflikt wird durch das Gegeneinander von liberalen und illiberalen Interpretationen Europas virulent gehalten. Beide Konflikte überschneiden sich mit dem alten Gegensatz, der zwischen Nord- und Südeuropa besteht und der längst von den Unterschieden zwischen Ost und West in der EU überlagert wird.

Diesen Fokus auf die Konflikte begründet Hartmut Kaelble in seinem Beitrag mit der enormen Politisierung, die die Gestaltung der EU seit den achtziger Jahren erfahren hat. Intellektuelle Abgrenzung von der ökonomischen Gemeinschaft, das Ende des Kalten Krieges, 9/11 und Globalisierung setzten eine Dynamik frei, die das Verständnis, das die Menschen in der EU von Religiosität und von nationaler Souveränität hatten, stark verunsichert hat.

Die AutorInnen legen ihren Analysen eine in den Sozialwissenschaften übliche Definition von kollektiver Identität zugrunde. Ihr Bezugspunkt sind „shared representations of a collective self as reflected in public debate, political symbols, collective memories, and elite competition for power“ (Checkel/Katzenstein 2009: 4). Mit dieser Betonung des Gemeinsamen, auf dem eine kollektive Identität gegründet ist, können die AutorInnen das Neben- und Gegeneinander von Europaverständnissen unterschiedlicher Gruppen darstellen. Die in dem Sammelband vorherrschende Rhetorik geht von einer Mehrzahl an europäischen Identitäten aus und grenzt sich ausdrücklich von den Vorstellungen *einer* („one“) beziehungsweise *einer* gemeinsamen („single“) europäischen Identität ab (ebd.:

3). Weitergehende Aspekte zur Bedeutung von Konflikten in der Identitätsproduktion werden mit dieser Definition nicht hervorgehoben.

Drei Beiträge sollen die Konstruktion illiberaler europäischer Selbstverständnisse beleuchten, wie sie von Eliten als „project“ (ebd.: 3) konzipiert werden. Drei weitere Beiträge arbeiten ergänzend heraus, wie illiberale Identitäten ebenso aus der zivilgesellschaftlichen Praxis resultieren und sich als „process“ (ebd.: 3) formieren. Das Projekt europäischer Verfassungspatriotismus steht im Zentrum der Kritik, die Dario Castiglione im Rahmen der Politischen Theorie formuliert. Habermas' Ansatz argumentiere, wie andere theoretische Ansätze zur europäischen Identität auch, am Kern der Konstruktion eines europäischen Selbstverständnisses vorbei. Politische Identitäten basierten nicht auf einem Wertekonsens, wie Habermas meine, sondern resultierten aus den Konflikten einer demokratischen Politik (vgl. ebd.: 30). Föderalisten und Europaskeptiker wehrten sich gegen ein liberales Europaverständnis. Sie konstruierten ‚ihre‘ europäische Identität „nation-like“ (ebd.: 34ff.), indem sie auf Gemeinschaftsverbundenheit, Treue und soziale Solidarität setzten. Doch Castiglione führt ebenso aus, wie nicht nur in der EU, sondern in verschiedenen historischen Kontexten kollektive Identitäten mit unterschiedlichen Reichweiten reibungslos zusammengingen. Bereits bei Weber und Hegel ließen sich Passagen finden, die Patriotismus als ein Gespür für die Notwendigkeit einer Ordnung konzipieren, das ohne eine tiefe emotionale Verwurzelung auskäme (vgl. ebd.: 49).

Castigliones zum Teil sehr richtige und wichtige Ausführungen zu kollektiven Identitäten machen aber auch dessen Schwierigkeiten sichtbar, in der Abgrenzung von Habermas' Begründungen, eigene theoretische Argumente zu formulieren. Castiglione zählt als eigene Thesen auf, was sich auch in den Schriften zum Verfassungspatriotismus finden lässt: kollektive Identitäten als Resultat öffentlicher Auseinandersetzungen ‚entwurzelt‘ von traditionellen emotionalen Einbindungen. So bleibt ihm zum Schluss lediglich die Feststellung, dass Identitäten heute mehr fragmentiert und mit überlappenden Zugehörigkeiten konstruiert werden (vgl. ebd.: 51).

Die anthropologischen Ausführungen von Douglas R. Holmes nehmen gleichsam eine Schlüsselstellung in der Herausarbeitung zentraler Konflikte um ein europäisches Selbstverständnis ein. Er möchte zeigen, wie sich in ganz unterschiedlichen Gruppierungen und Lebensbereichen ein vergleichbares Muster eines illiberalen Europaverständnisses beobachten lässt, das auf ‚fundamental neue Identitätskonstruktionen‘ hinweist (vgl. ebd.: 52). Über ganz Europa verstreut, so Holmes, werde auf lokaler Ebene mit Identitätspolitik experimentiert, die sich von universalistischen Werten und einer Weltaufgeschlossenheit distanzieren und in ihren nationalistischen Gesinnungen innereuropäisch vernetzen. Dies gelte für religiös organisierte Projekte der autoritären Fürsorge (vgl. ebd.: 62ff.) ebenso wie für rechtsradikale Bewegungen, die ihre Anhänger vom Polizisten, über den Studenten bis hin zum Kleinunternehmer erfolgreich in der unteren Mittel- wie Arbeiterschicht rekrutierten. Ein dominantes Vorbild in Ost und West sei Jean-Marie Le Pen (vgl. ebd.: 55ff.). Holmes sieht eine Wechselwirkung zwischen liberalen und illiberalen Selbstverständigungsprozessen. Das liberale Verständnis von Multikulturalismus, insbesondere das aus der katholischen Soziallehre hervorgegangene und seit Maastricht in der EU etablierte Subsidiaritätsprinzip, das Pluralität und *Diversity* honoriere, biete der Entfaltung von nationalistischen wie xenophobischen Aggressionen erst einen Raum, ohne eine plausible Idee der Gegensteuerung zu haben (vgl. ebd.: 74f.). Doch Holmes Ausarbeitung des ‚fundamental‘ Neuen an diesen illiberalen Identitätsexperimenten bleibt

vage. Deutsche und kroatische Nazis, italienische wie spanische und portugiesische Faschisten haben sich seinerzeit ebenfalls miteinander verbündet.

In Ergänzung zu Holmes Aufzeichnung der dezentralen illiberalen Identitätsproduktion arbeitet Juan Díez Medranos heraus, wie sich der Konflikt zwischen Eliten und ‚Massen‘ mit illiberalen Positionen überschneidet. Dazu analysiert er empirische Studien, die Zeitungsartikel in sechs westeuropäischen Staaten (United Kingdom, Frankreich, Deutschland, Italien, Niederlande, Schweiz) im Zeitraum von 1990 bis 2002 sowie aus Polen (2000 bis 2004) auswerten. Diesen Studien zufolge sind es ganz überwiegend EU-Eliten, die sich öffentlich zu Europa äußern und in den wenigen Artikeln zu Europa den Ton angeben. Häufig thematisieren sie darin ihren Streit über das Ausmaß an nationalstaatlicher Souveränität, das auf die EU übertragen werden sollte (vgl. ebd.: 100). Soziale Gleichheit und Kohäsion, immerhin in den Artikeln der vierthäufigste angesprochene Themenbereich, werden nicht von EU-Eliten, sondern überwiegend von Gewerkschaften und NGOs zur Sprache gebracht (vgl. ebd.: 97). Auf diese Weise verstärkten die EU-Eliten den Eindruck, sie interessierten sich nicht für die Sorgen der BürgerInnen. Da diese aber, wie die Daten des Eurobarometers immer wieder zeigen, die Mitgliedschaft in der EU nur unterstützen, solange sie den Eindruck haben, persönlich Einfluss auf die EU-Politik nehmen zu können, befürchtet Díez Medranos, werden sie sich immer häufiger dem rechtsradikalen Lager zuwenden, um dort Antworten auf soziale Fragen zu finden, je länger EU-Eliten ihre Strategien der Öffentlichkeitsarbeit beibehalten.

Aus historischer Perspektive wendet sich Holly Case der Identitätsbildung als „process“ (ebd.: 3) zu. Sie macht darauf aufmerksam, dass die Stereotypenbildung zwischen den Menschen im Osten und Westen Europas von signifikanten Gemeinsamkeiten in der Identitätskonstruktion ablenkt, die beide Gruppen miteinander teilen. Die Menschen im Osten der EU fühlen sich als EuropäerInnen zweiter Klasse und sehen sich von den WesteuropäerInnen als nationalistisch verunglimpft. Diese wiederum müssen sich dem Vorwurf stellen, arrogante neoliberale Egoisten zu sein (vgl. ebd.: 113). Doch ungeachtet dieser Distinktionsmanöver zeichne sich ein europaweites Muster ab, das Europäische aus der jeweils eigenen nationalen Perspektive zu definieren. Alle Nationen interpretierten Krieg, Revolution und Utopie, um das Europäische zu konstruieren. Doch die Bedeutungen, die sie ihnen zuweisen, variieren aufgrund der sehr unterschiedlichen historischen Erfahrungen ganz erheblich und hätten die verschiedenen nationalen Europaverständnisse zur Folge (vgl. ebd.: 111). Dieser Beitrag bietet eine interessante Ergänzung zu bisherigen Studien, die ebenfalls nationale Differenzen zwischen den Europabildern untersuchen (vgl. Robyn 2005).

Neil Fligstein reflektiert noch einmal das Auseinandergehen von elitärer europäischer Identität und nationaler Identität der Menschen aus den unteren sozialen Lagen. Anschließend schaut er sich an, wie politische Parteien auf diese Identitätsentwicklung reagiert haben. Die Daten seiner eigenen Erhebung sowie des Eurobarometers von 2004 zeigen, wie Manager, Geschäftsleute und Vertreter europäischer Assoziationen, die im europäischen Ausland arbeiten oder leben und mehrere Sprachen beherrschen, sich am häufigsten mit jenen 12,7 Prozent² der Menschen in der EU überschneiden, die sich in erster Linie als EuropäerInnen oder gleichrangig sowohl Europa als auch der Nation zugehörig fühlen (vgl. Checkel/Katzenstein 2009: 136). Weitere 43,3 Prozent der Menschen in der EU betonen zuerst ihre nationale Zugehörigkeit. Sie haben dabei

2 Die folgenden Prozentzahlen stammen aus dem Standard Eurobarometer EB 61, 2004.

aber ein positives Bild von der EU. Diese breite Streuung eines positiven Europaverständnisses in den mittleren sozialen Lagen der EU hat, so vermutet Fligstein, seit den achtziger Jahren die großen Parteien der Mitte im United Kingdom, in Frankreich und der alten Bundesrepublik veranlasst, ihre politischen Programme auf eine positive Haltung zur EU und zur europäischen Frage umzustellen. Um jene 44 Prozent der Menschen in der EU, die gänzlich national orientiert geblieben sind und am häufigsten aus der unteren Mittel- und Arbeiterklasse kommen, werben dagegen Parteien vom linken und rechten Rand. Dazu hätten sie gezielt EU-skeptische bis -feindliche Programme aufgelegt (vgl. ebd.: 150). Mit seinen Beobachtungen zeigt Fligstein auf, dass der Konflikt zwischen einer positiven europäischen Identität und europafeindlichen Identifikationen längst eine Institutionalisierung in den Parteiensystemen erfahren hat. Mehr noch deutet er damit an, dass mit dieser Entwicklung der Parteien der Gegensatz zwischen Elite zu Masse und ein Gegensatz von BefürworterInnen der EU und EU-SkeptikerInnen hervorgehoben wird.

Der Elite-Masse-Gegensatz erhält dagegen weiteren Auftrieb durch zwei Migrationsbewegungen in der EU, wie der sehr informative und differenziert analysierende Beitrag von Adrian Favell zeigt. Die Mobilität der EU-GewinnerInnen, der gut gebildeten erfolgreichen Geschäftsleute, Verbandsvertreter- und WissenschaftlerInnen, habe in urbanen Zentren wie London und Amsterdam zu einem eigenen europäischen Lebensstil geführt. Von ImmigrantInnen aus ‚Drittstaaten‘ aber, wie sie insbesondere aus dem Süden, aus Afrika kommen und bestenfalls Billiglohnjobs erhalten, wird erwartet, dass sie sich in die EU integrieren, indem sie die nationale Identität ihres Aufnahmelandes übernehmen (vgl. ebd.: 175).

Doch die eigentlich entscheidende Herausforderung für europäische Identitäten sieht Favell in einer dritten Migrationsbewegung. Aus den neuen Mitgliedsstaaten ziehen „freemovers“ (ebd.: 182) von Ost nach West. Hinzu kommen aus den konzentrisch um den Osten der EU lokalisierten (potentiellen) Beitrittskandidaten weitere Arbeitssuchende in den Westen der EU. Insbesondere die von der Mobilitätsfreiheit profitierenden MitteleuropäerInnen werden von den Menschen in Westeuropa als vorübergehend Beschäftigte betrachtet, die zwischen Ost und West zirkulieren. Von ihnen wird erwartet, dass sie eines Tages wieder in den Osten zurückkehren. Deswegen müssten sie sich nicht in den Westen integrieren. Sie werden als MigrantInnen weit weniger aggressiv abgewehrt und ausgegrenzt als „ethnic migrants“ (ebd.: 182), die aus dem Süden sowie aus islamischen Kulturen kommen und bleiben möchten (vgl. ebd.: 188). Mit den Reaktionen auf diese dritte Migrationsbewegung werde eine Ethnifizierung der Abgrenzung des Europäischen sichtbar, die insbesondere auch die Menschen in Westeuropa praktizierten. Sie bevorzugten höhergebildete weiße Christen aus dem Osten, deren Vorliebe für nationale Identitäten sie eher willkommen heißen als postkoloniale *otherness* (vgl. ebd.: 189). Ob dies die südeuropäischen Staaten auf die Dauer mitmachen werden, deren Geschichte eine starke Durchmischung mit nordafrikanischen Kulturen kennt, bleibt abzuwarten.

Der Wert eines wissenschaftlichen Buches bemisst sich unter anderem daran, inwieweit es interessante Fragen aufwerfen kann. Dieser Sammelband provoziert mehrere weiterführende Fragen. Seine AutorInnen machen deutlich, wie wenig die Konflikte in der EU klar voneinander abgrenzbar sind und wie notwendig es ist, die Wirkungen ihrer vielfachen Überlappungen differenziert zu betrachten. Favells Beitrag zeigt wie die Bewegungen von Ost nach West den Gegensatz *zwischen* Ost und West abfedern könnten, um den Preis einer ethnischen Konstruktion europäischer Identität. Vielleicht gelingt dies

aber auch nur, solange *freemovers* von der Abwehr eines religiösen Pluralismus und der Migration aus Afrika profitieren.

Im Anblick der verschiedenen Konfliktlinien, die in dem Buch aufgezeigt werden, drängt sich die Frage auf, inwieweit in der EU die Gegensätze zwischen einem Südosten, der ärmer, eher national orientiert und religiös heterogener ist, und dem reichen – mit Ausnahme Englands –, EU-freundlichen Nordwesten, größer geworden sind und sich längst zu einer eigenen Konfliktlinie verdichtet haben. Die Verschuldungskrise Griechenlands drohte zuerst einen derartigen Konflikt zu schüren. Doch ausgerechnet die ökonomisch motivierten Vorschläge zur ‚solidarischen‘ Behebung der Krise, die die Staaten aus allen Teilen der EU unterbreitet haben, durchkreuzten ein Auseinandergehen von Südost und Nordwest. Bei der eingangs gestellten Frage nach der Anregung, die das Buch zur Reflexion aktueller Probleme bieten kann, schneidet es gut ab. Es führt Verstärkungseffekte an und rekonstruiert, wie die Vielfalt der Interessen und Identitäten Konflikte um die Definition Europas abschwächen können. Mit dem Beschluss zur europäischen Kontrolle nationaler Haushalte sind in der Eurokrise selbst *hardliner* der Wahrung nationaler Souveränitäten unter Druck geraten.

Schwieriger gestaltet sich die Antwort auf die zweite Frage, in der es um die Einschätzung der theoretischen Anregung geht, die der Sammelband bieten kann. Reicht die berechtigte Feststellung, in postnationalen Konstellationen entstünden nicht nur liberale, sondern auch illiberale kollektive Selbstverständnisse, aus, um die Vielzahl fragmentierter, ineinander greifender kollektiver Identitäten als ‚fundamental neue‘ Identitätsformationen zu erklären? Die AutorInnen belegen in ihren Beiträgen erst einmal die Möglichkeit der Ausbildung illiberaler nationalistischer Selbstverständnisse einschließlich der entsprechenden Europabilder, die trotz des Aufbaus der EU weiter bestehen. Gegen diese Praxis kollektiver Selbstvergewisserung war das Projekt der liberalen EU und des verfassungspatriotisch orientierten europäischen Selbstverständnisses schließlich aufgestellt worden. Die AutorInnen bieten über ihre differenzierte Darstellung der Vielzahl an europäischen Identitäten keine theoretischen Alternativen an, die über die Argumente des Konzepts zum Verfassungspatriotismus hinausgehen und dessen Schwächen kompensieren könnten.

Dieses Theoriedefizit deutet sich bereits in der Definition von kollektiven Identitäten an, die die AutorInnen zugrunde legen. Diese stellt in erster Linie auf Gemeinsamkeiten ab und lässt ausgerechnet die vielfältige Rolle von Konflikten offen, die für theoretische Reflexionen so wichtig werden können. Die AutorInnen gehen trotz des Titels, der *eine* europäische Identität suggeriert, von einer Vielzahl gegensätzlicher europäischer Identitäten aus, die sich durch Konflikte stärken. Doch kollektive Identitäten formieren sich nicht nur in der Abgrenzung von Konfliktparteien. Eine Kernerfahrung nationaler Identitäten von Gesellschaften mit demokratisch verfassten Rechtsstaaten besteht darin, dass sie aus heftigen Konflikten um eine angemessene Interpretation des Nationalen hervorgegangen sind. Die USA war von Anfang an eine zutiefst gespaltene Gesellschaft. Dennoch wird ihrer Bevölkerung nicht ‚ihre amerikanische Identität‘ abgesprochen.

Wenn heute SozialwissenschaftlerInnen zögern, den konkurrierenden Interpretationen Europas oder der EU vorschnell eine Verdichtung zu einer gemeinsamen Identität vorzusagen, dann mögen Sie mit ihrer Intuition Recht behalten. Doch eine theoretische Erklärung müsse nicht nur die Bedingungen der kollektiven Identitätskonstruktion jenseits des Nationalstaats erklären, sondern auch Kriterien benennen können, ab wann wir davon sprechen können, dass Konflikte zu Verdichtungen eines gemeinsamen Selbstver-

ständnisses führen können, das die Konfliktparteien einschließt, und ab wann wir davon ausgehen, dass sie im Sinne Mouffes agonistisch verharren oder antagonistisch eskalieren (vgl. Mouffe 2007).

Literatur

- Checkel, Jeffrey T. / Katzenstein, Peter J., 2009 (Hg.): *European Identity*, Cambridge.
- Habermas, Jürgen, 1982: Können komplexe Gesellschaften eine vernünftige Identität ausbilden. In: Ders., *Zur Rekonstruktion des Historischen Materialismus*, Frankfurt am Main, 92–127.
- Habermas, Jürgen, 2008: Ist die Herausbildung einer europäischen Identität nötig, und ist sie möglich? In: Ders., *Der gespaltene Westen*. Frankfurt am Main, 86–82.
- Kielmansegg, Peter G., 2003: Integration und Demokratie. In: Markus Jachtenfuchs / Beate Kohler-Koch (Hg.), *Europäische Integration*, Opladen, 49–83.
- Mouffe, Chantal, 2007: *Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion*, Frankfurt am Main.
- Robyn, Richard, 2005 (Hg.): *The Changing Face of European Identity*, London.
- Weiler, Joseph H. H., 2003: In defense of the status quo: Europe's constitutional Sonderweg. In: Joseph H. H. Weiler / Marlene Wind: *European Constitutionalism beyond the State*, Cambridge, 7–26.